

Vorlage VL 21/1765

ÖFFENTLICH

NICHT ÖFFENTLICH UND VERTRAULICH

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung	4. April 2024	beschließend

Wirtschaftlichkeit: Keine WU

VL-Nummer Senat:

Titel der Vorlage

Umbenennung Langemarckstraße

Vorlagentext

A. Problem

Für die Langemarckstraße im Stadtteil Neustadt muss eine Entscheidung zur Umbenennung gemäß § 37 des Bremischen Landesstraßengesetzes getroffen werden.

B. Lösung

Das Recht zur Entscheidung über die Benennung von Straßen mit Stadtteilbezug liegt bei den Beiräten. Der Vorschlag ist vom zuständigen Beirat des Ortsamtes Neustadt beschlossen worden.

Erklärung / Legendentext:

Die Langemarckstraße war am 11.11.1937 während der Zeit der NS-Diktatur selbst aus einer Umbenennung der ehemaligen Straßen Große Allee, Kleine Allee und Meterstraße hervorgegangen. Diese Namenssetzung erfolgte von der damaligen nationalsozialistischen Regierung in der klaren Absicht, ein seit den 1920er Jahren mythologisch verklärtes Kriegereignis (sog. „Mythos von Langemarck“) im Sinne der NS-Propaganda zu instrumentalisieren.

Im Angesicht des am 24.02.2022 begonnenen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine möchte die Georg-Elser-Initiative ein deutliches Zeichen gegen Nationalismus, Kriegspropaganda und Imperialismus setzen. Die russische Propaganda ähnele in erschreckender Weise der Propaganda, die mit dem „Mythos von Langemarck“ verbunden sei. Mit der Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee würde ein deutliches Zeichen für eine friedliche Gesellschaft, Frieden und Zivilcourage gesetzt werden.

Mit Georg Elser soll dabei eine Person geehrt werden, den die selbst gewonnene Einsicht in die Gefahr, die von den Nationalsozialisten und dem Diktator Adolf Hitler ausging, zu einem Attentat auf Adolf Hitler veranlasst hat – zu einer Tat, die Georg Elser nach Festnahme, Verurteilung und Konzentrationslagerhaft letztlich das eigene Leben gekostet hat.

Die Umbenennung der Langemarckstraße soll nach der Vorstellung der Georg-Elser-Initiative gleichzeitig zum Anlass genommen werden, über die Schlacht von Langemark aufzuklären, da selbst vielen Anwohnenden der Ursprung des Namens und die historischen Hintergründe unbekannt sind. Hierzu sollen u. a. im Verlauf der Straße mehrere Gedenktafeln aufgestellt werden, um über die geschichtlichen Ereignisse zu informieren.

Ganz allgemein ist der Umgang mit historischen Straßennamen, deren Bedeutung oder Ursprung dem heutigen Wertesystem entgegenstehen, kommunalpolitisch zu entscheiden. Die Umbenennung einer Straße setzt zwar ein deutliches Signal, dass die im Namen zum Ausdruck kommende Überzeugung oder einer damit bezweckten Ehrung widersprochen wird. Allein durch die Tilgung eines Straßennamens wird Geschichte jedoch nicht überwunden. Vielmehr bedarf es einer dauerhaften gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung gerade mit den dunklen Phasen der Geschichte. Hierfür können Straßennamen auch stetiger Anstoß zum „kritischen Erinnern“ sein.

Aufgrund der besonderen Bedeutung dieser Entscheidung, die auch für zukünftige Umbenennungsbegehren (z. B. bei Straßennamen mit kolonialem Hintergrund) richtungsweisend sein kann, strebt das Ressort an, anknüpfend an diese Entscheidung einen breit angelegten Dialogprozess über den generellen Umgang mit historisch belasteten Straßennamen anzustoßen.

C. Alternativen

Für die Umbenennung der Langemarckstraße wurde bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung ein Verwaltungsverfahren im Sinne des § 9 Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz durchgeführt. In diesem Rahmen konnten insbesondere die betroffenen Anlieger:innen ihre Belange vorbringen. Im Ergebnis einer rechtlichen Bewertung dieser Einwendungen liegen keine Gründe vor, die eine Umbenennung der Langemarckstraße nicht zulassen würden.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderspezifische Auswirkungen

Die Umbenennung hätte zur Folge, dass die Ausweisdokumente der Anwohnenden geändert oder neu beantragt, Adressänderungen (z. B. bei Banken, Versicherung) vorgenommen sowie Daueraufträge, Abonnements, Verträge usw. angepasst werden müssten.

Wenngleich der finanzielle Aufwand den gelegentlich auftretenden Kosten des allgemeinen Lebens zuzurechnen und daher vertretbar ist, ist beabsichtigt, aus Billigkeitsgründen auf die Erhebung von öffentlichen Gebühren für die Neuausstellung oder Berichtigung von Dokumenten, Urkunden oder Registern zu verzichten. Die jeweilig zuständigen Behörden haben ihren Gebührenaufschlag für vertretbar erklärt, sodass mit der Umbenennung ein Gebührenverzicht einhergehen soll. Auch soll durch geeignete Maßnahmen der bürokratische Aufwand so gering wie möglich gehalten werden.

Kosten, die Gewerbetreibenden z. B. durch die Änderung der Internetseiten und Werbematerialien oder Benachrichtigung von Kund:innen, Geschäftspartner:innen oder Dienstleister:innen entstehen, sind den gelegentlich auftretenden Kosten des Geschäftsbetriebes zuzurechnen. Es ist nicht zu erwarten, dass es in diesem Rahmen zu begründeten Ersatzansprüchen gegen die Stadtgemeinde Bremen kommt.

Genderspezifische Auswirkungen einer Umbenennung sind nicht ersichtlich.

E. Beteiligung/Abstimmung

Alle Senatsressorts wurden zur beantragten Umbenennung gehört und waren mit dieser einverstanden.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

Beschlussempfehlung

Die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung nimmt den Vorschlag des Beirates zur Kenntnis und beschließt die Weiterleitung an den Senat.

Die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung nimmt zur Kenntnis, dass das Ressort einen breit angelegten Dialogprozess über den generellen Umgang mit historisch belasteten Straßennamen anstoßen wird.

Anlage(n):

1. Teil B_AnI_Umbenennung-Langemarckstraße

**B e s c h l u s s
des Beirates Neustadt
vom 15.12.2022**

Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee

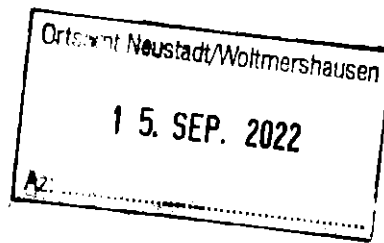
Der Beirat Neustadt unterstützt den Antrag der Georg-Elser-Initiative, die Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee umzubenennen. Er teilt alle Argumente, die dafür vorgetragen wurden und wünscht eine Umbenennung der Straße zum nächstmöglichen Zeitpunkt. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Beirat seinen früheren Beschluss, die Langemarckstraße im Bereich zwischen der Hochschule Bremen und der Bürgermeister-Smidt-Brücke auf geeignete Weise städtebaulich aufzuwerten und insbesondere durch die Anpflanzung von Bäumen, entlang der gesamten Straße, die Aufenthaltsqualität des Straßenraumes deutlich zu erhöhen. Hiermit würde auch dem Charakter einer Allee Rechnung getragen, wie sie im neuen Namen der Straße angesprochen wird und die es in dieser Form früher auch gegeben hat. Der Beirat Neustadt nimmt den von einzelnen Bürger:innen genannten Wunsch auf, an ausgewählten Stellen und in geeigneter Form, auf den Mythos Langemarck hinzuweisen.

(Einstimmig)

gez. Martin

Uwe Martin
(Ortsamtsleiter)

Jürgen Maly
Sedanstraße 47
28201 Bremen



Georg-Elser-Initiative Bremen e.V.
Sedanstraße 47 - 28201 Bremen

Stadtteilbeirat Neustadt
Neustadtscontrescarpe 44
28199 Bremen

Georg-Elser-Initiative Bremen e.V.

Sedanstraße 47
28201 Bremen
Telefon 0421 - 5579226
Mail: post@georg-elser-bremen.de
<http://www.georg-elser-bremen.de>

Bremen, den 14. September 2022

Antrag an den Stadtteilbeirat

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

Die Georg-Elser-Initiative Bremen hat es sich wie weitere unzählige Initiativen Deutschlands zur Aufgabe gestellt, das Andenken an den großen Mut und die bewundernswerte Zivilcourage des Hitler-Attentäters Georg Elser aufrecht zu erhalten.

Wir, und zwar die Georg-Elser-Initiative Bremen e.V. und als Anwohner im Beiratsgebiet, Jürgen Maly, beantragen hiermit, dass der Stadtteilbeirat Neustadt folgende Entscheidung trifft:

Der Stadtteilbeirat Neustadt spricht sich dafür aus, die Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee umzubenennen.

Begründung:

Von Oktober bis November 1914 fand die Erste Flandernschlacht oder Ypernschlacht im 1. Weltkrieg zwischen deutschen und alliierten Truppen (Frankreich, Großbritannien, Belgien) statt; mit über 250.000 Toten, Verwundeten und Vermissten.

Die oberste Heeresleitung teilte dazu mit, dass junge Regimenter unter dem Gesänge „Deutschland, Deutschland über alles“ in die Schlacht bei Langemarck gezogen waren. Der kriegsverherrlichende „Mythos von Langemarck“ wurde geboren.

Am 11. November 1937 hat die nationalsozialistische Regierung Bremens den Straßenzug Große Allee, Kleine Allee und Meterstraße nach dem Ort Langemarck in der belgischen Provinz Westflandern benannt. Der Mythos von Langemarck entsprach dem Ansatz, eine junge Generation nationalistisch und imperialistisch zu erziehen. Mit der Umbenennung des Straßenzuges wurde die verlustreiche Schlacht vom Deutschen Reich propagandistisch verklärt, durch die Nazis verherrlicht und der 2. Weltkrieg mit dem „Mythos von Langemarck“ propagandistisch vorbereitet.

*Die Georg-Elser-Initiative-Bremen e.V. ist als gemeinnützig anerkannt.
Gerne erhalten Sie eine Zuwendungsbestätigung für Ihre Spenden.
Bankverbindung: Sparkasse Bremen, IBAN DE67290501010083362087*

Einer, der diesen Krieg schon früh geahnt hat, war der Schreiner Georg Elser. Seit 1938 plante er ein Attentat auf den Diktator Adolf Hitler. Seit diesem Zeitpunkt stellte er sein gesamtes Leben auf die Durchführung des Attentats um. Er wechselte gezielt Arbeitsstellen, um Sprengstoff zu beschaffen und dann in München die Bombe in einen Pfeiler des Hofbräuhauskellers einzubauen. Die Bombe explodierte am 8. November 1939 wie zeitlich vorgesehen, verfehlte Adolf Hitler aber um wenige Minuten, da dieser ungeplant den Hofbräuhauskeller früher verlassen hatte, um nach Berlin zurückzukehren.

Georg Elser wurde gefasst, gefoltert und verhört. Bis zum Ende des Krieges wurde er als Sonderhäftling im Konzentrationslager gefangen gehalten und am 9. April 1945 im KZ Dachau ermordet.

Am 24. Februar 2022 hat Russland auf Befehl Putins die Ukraine überfallen und führt seitdem Krieg gegen dieses Land. Die Propaganda in den Medien Russlands, die diesen Krieg rechtfertigen soll, ähnelt auf erschreckende Weise der Propaganda, die mit dem Mythos von Langemarck verbunden ist: dem russischen Volk wird suggeriert, das ukrainische Volk sei eine Gemeinschaft von Nazis und die Regierung eine Nazi-Regierung und eine Beseitigung dieser Regierung und Umerziehung des Volkes sei dringend geboten.


Die Initiative sieht keinen Grund, diese Erinnerung an die Schlacht von Langemarck aufrechtzuerhalten, sieht man davon ab, dass ein Gedenken an die verstorbenen Soldaten sicherlich geboten ist, und eine Straßenumbenennung immer mit Mühen und Zeitaufwand verbunden ist. Das Gedenken und die Darstellung des Mythos von Langemarck können durch den Denkort bei der Hochschule angemessen aufrechterhalten bleiben.

Die Umbenennung des Straßenzuges in Georg-Elser-Allee wäre ein deutliches Zeichen für eine friedliche Gesellschaft, Frieden und Zivilcourage.


Unsere Initiative hat Spendenzusagen von mehr als 100.000 € erhalten; dieses Geld soll zur Verfügung gestellt werden, um die wirtschaftlichen Belastungen im Zusammenhang mit der Adressänderung für Firmen und Einzelpersonen auszugleichen. Die Mitglieder der Initiative sind auch bereit, Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil bei Behördengängen, Erstellung von Schriftstücken usw. zur Mitteilung der Adressänderung zu unterstützen.

Am 14. September 2022 haben wir die Bevölkerung im Umkreis der Langemarckstraße (im Gebiet von der Delmestraße bis zur B 75) mit einer Informationsbroschüre mit unserem Begehren vertraut gemacht.

Mit freundlichen Grüßen
Georg-Elser-Initiative Bremen e.V.


Jürgen Maly


Monika Grüning


Jürgen Maly
Anwohner

Staatsarchiv Bremen Am Staatsarchiv 1 28203 Bremen

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt,
Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Herrn Jens Lange

per Mail

Auskunft erteilt
Herr Prof. Dr. Elmshäuser
Zimmer 105
T (04 21) 3 61-6214
F (04 21) 3 61 10247

E-mail
[konrad.elmshaeuser@
staatsarchiv.bremen.de](mailto:konrad.elmshaeuser@staatsarchiv.bremen.de)

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

25.4.2023
Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
258- 97-08
Bremen, 12. Mai 2023

**Beschluss des Beirats Neustadt vom 15.12.2022:
Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee**

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Lange,

das Staatsarchiv ist von Ihnen mit Mail vom 25.4.2023 zu dem o.a. Beschluss des Beirats Neustadt um eine abschließende Stellungnahme gebeten worden.

Zu den historischen Hintergründen des sog. Langemarck-Mythos in Bezug auf die Erste Flandernschlacht im Jahr 1914 sowie zur Umbenennung der Großen Allee, Kleinen Allee und der Meterstraße in Bremen in „Langemarckstraße“ im Jahr 1937 hatte sich das Staatsarchiv bereits mit Schreiben vom 1.2.2023 ausführlich geäußert. Ebenso hatten wir Ihnen am 1.3.2023 eine Stellungnahme zur grundsätzlichen Eignung der Person Gerorg Elzers für eine Straßenbenennung zugesandt. Deren Einzelheiten müssen hier nicht noch einmal angeführt werden, zumal sie inhaltlich nicht in Widerspruch zu den Informationen stehen, die die Georg-Elser-Initiative zum Langemarck-Mythos, der Straßenbenennung 1937 und der Person von Georg Elser vorgebracht hat.

Es sei aber vorweg betont, dass mit Senatsbeschluss vom 29.11.2001 zur Benennung eines Georg-Elser-Wegs in Bremen (Vahr) das Ansinnen der Georg-Elser-Initiative, „das Andenken an (...) Georg Elser aufrecht zu erhalten“, bereits seit Jahren mit der Benennung einer Verkehrsfläche - zumal auf Antrag derselben Initiative (!) – erfüllt ist. Auch bleibt zu fragen, ob der vorliegende Antrag eine nicht zulässige Doppelbenennung anstrebt, denn warum die bestehende Verkehrsfläche dem Andenken nun nicht mehr genügen und nun durch ein städtische Hauptstraße ergänzt / ersetzt (?) werden soll, wird in dem Antrag nicht thematisiert oder beantwortet.

Dessen ungeachtet hat das Staatsarchiv geprüft, inwiefern die Gründe, die für eine Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee vorgebracht werden, stichhaltig sind und ob Gründe namhaft zu machen sind, die diesem Vorhaben aus historischer Sicht entgegenstehen. Dies zumal

es sich bei der Langemarckstraße um eine der wichtigsten und längsten Verkehrsachsen nicht nur der Neustadt handelt, ihr also Bedeutung über den Stadtteil hinaus zukommt.

Die besondere Bedeutung des Straßenzugs war bereits 1937 auf Initiative des Reichstudentenführers Grund für die Umbenennung in Langemarckstraße. Sie erfolgte am sog. Langemarcktag 1937 (11.11.) in der klaren Absicht, mit der Erinnerung an ein seit den 1920er Jahren mythologisch verklärtes Ereignis des Ersten Weltkrieges und mit räumlicher Nähe zur technischen Lehranstalt (heute Hochschule Bremen) eine Maßnahme im Sinne der NS-Propaganda zu vollziehen.

Dass die Straße nach dem Ende der NS-Diktatur bei der Revision von Bremer Straßenbenennungen, die eindeutigen NS-Bezug zeigten und in der NS-Zeit erfolgt waren, nicht wieder rückbenannt wurde, ist dem doppelten Charakter der Erinnerung an die Opfer des Ersten Weltkrieges zuzuschreiben. Auch wenn diese in der NS-Zeit propagandistisch überhöht und missbraucht wurde, so konnten sich weite Kreise der Bevölkerung auch nach 1945 mit einem ehrenden Andenken an – zumal junge – Gefallene des Krieges positiv identifizieren. Insoweit war auch das Denkmal für die Gefallenen der technischen Lehranstalt (heute vor der Hochschule Bremen) seit 1934 ein anerkannter Bremer Erinnerungsort, dessen Wirkung im Kontext der Beibehaltung des Straßennamens nach 1945 mitzudenken ist.

Dennoch blieb der problematische Hintergrund dieses Straßennamens nach 1945 weder verborgen, noch unwidersprochen. Das Unbehagen, eine NS-Maßnahme unreflektiert im öffentlichen Raum stehenzulassen, stieß seit Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre auf Widerspruch und führte 1982 vor dem Hintergrund der Adressierung der (neu gegründeten) Hochschule Bremen zu einer Initiative zur Umbenennung. Eine solche war jedoch nicht konsensfähig. Dennoch hatte die Initiative wichtige Folgen: Im Nachgang der Auseinandersetzung erfolgte 1993 die Errichtung einer Erläuterungstafel am Denkmal vor der Hochschule und damit die Kontextualisierung der komplexen historischen Zusammenhänge. Diese waren schon in den 1980er und 90er Jahren kaum mehr geläufig und konnten so in kritischer Auseinandersetzung in den öffentlichen Raum gestellt werden. Auch eine dennoch erfolgte Attacke auf das Denkmal, dessen „Sturz“ (1988) und die folgende Umwidmung sowie der Erhalt als Ort einer lebendigen Auseinandersetzung gehören in diesen wichtigen Kontext. Eine erneute Initiative zur Umbenennung der Langemarckstraße im Jahr 2005 veranlasste den Beirat Neustadt zur Einberufung einer Einwohnerversammlung, die 2006 eine Umbenennung der Langemarckstraße mehrheitlich ablehnte. Vielmehr stellte ein „Arbeitskreis Geschichtspfad Langemarckstraße“ historische Dokumente und Hintergrundinformationen im Internet bereit, bis er sich 2011 wegen nachlassenden öffentlichen Interesses auflöste. Auf seine Arbeit gehen aber zwei noch 2012 bei der Hochschule Bremen errichtete Tafeln zur Langemarckstraße zurück.

All dies sind nur die sichtbarsten Etappen in der mittlerweile ca. 75-jährigen Geschichte der Bremer Langemarckstraße. Diese stand in der NS-Zeit zwar sieben Jahre lang unwidersprochen im Kontext der NS-Propaganda, hat seither aber auf vielfältige Weise Anstoß zum kritischen Erinnern, zum Einordnen historischer Zusammenhänge und zur Revision von überholten Vorstellungen gegeben. Dabei bildet sie ungeachtet ihrer NS-Herkunft unwidersprochen auch in Bremen im Kontext der kollektiven Erinnerung an den Ersten Weltkrieg einen wichtigen Erinnerungsort.¹ Auch und gerade mit ihrer ambivalenten Geschichte wird sie in diesem Kontext in der Forschung sogar international positiv wahrgenommen.

So wandten sich 2022 – ohne direkten Bezug auf die Initiative zur Umbenennung - Vertreter der belgischen Gemeinde Langemark-Poelkapelle, des Flanders Fields Museums und des Centre for the

¹ Zur Bremer Rezeption von Langemark und der Langemarckstraße sei auch erwähnt, dass zwischen dem Ortsteil Borgfeld und dem belgischen Langemark freundschaftliche Kontakte, ähnlich einer Gemeindepartnerschaft bestanden.

History of War, Media and Society der Universität Kent in England mit einem Schreiben an den Bürgermeister, in dem sie auf die Bedeutung des Namens hinwies, aber gleichwohl eine Umbenennung als weder notwendig noch wünschenswert bezeichneten.

Wie Dr. Stephan Goebel, Direktor der Einrichtung an der Universität Kent dem Staatsarchiv Bremen versicherte, ging es den Unterzeichnern ausdrücklich nicht um eine Einmischung in die laufende Bremer Debatte. Umso mehr hat der Antrag zur Umbenennung aber große Irritation hervorgerufen, weil der in den letzten Jahren von dort beobachtete Bremer Weg der Kontextualisierung bei gleichzeitigem Erhalt dieser Benennung als fortschrittlich, ja als vorbildlich angesehen wird. In diesem Sinne war man an einer Zusammenarbeit interessiert. Dass nun eine Umbenennung nach einer Person ohne weiteren Ortsbezug erfolgen soll, wird als Verlust empfunden – auch weil in Belgien und England die Memoria an den Ersten Weltkrieg lebendiger als in Deutschland ist.

Dem kann das Staatsarchiv nur beipflichten, denn die wesentliche historisch-kritische Fehlleistung des vorliegenden Antrags besteht darin, dass der Eindruck erweckt wird, als werde allein der Benennungshintergrund der 1930er Jahre noch erinnert und unwidersprochen aufrechterhalten, ja, als lebe die NS-Ideologie darin potenziell fort und könne in der Bevölkerung geteilt werden, wenn sie nicht durch die Änderung des Namens getilgt wird.

Dies ignoriert die Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte und unterschätzt das kritische Reflexionsvermögen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Kaum jemand wird heute mehr den Argumenten der NS-Machthaber folgen wollen. Im Gegenteil fühlen sich viele der Auseinandersetzung auch mit den dunklen Phasen der Geschichte durchaus gewachsen, ohne dass sie dabei nach der Tilgung von Namen und dem Ersatz durch aktuell positiv erscheinende Heldenbilder verlangen. Zumal hieraus auch kein kritisch-modernes Geschichtsverständnis spricht. Für den öffentlichen Raum kann dies im Ergebnis, zumal bei gänzlich fehlendem Lokalbezug der Neubenennung sogar statt einer Bereicherung eine Verarmung sein. Dagegen sind auch Hinweise auf ältere Zustände „in geeigneter Form“ - wie im Beschluss des Beirats angedacht – kein Mittel.

So hat Bremens ehemaliger Bürgermeister Hans Koschnick – von der Georg-Elser-Initiative als prominenter Schirmherr angeführt – gerade in Bezug auf die Bremer Langemarckstraße darauf hingewiesen, wie wichtig solche Namen als Anstöße im öffentlichen Raum sind, damit man anhand ihrer ambivalenten Geschichte z.B. jüngeren Generationen Denkanstöße geben kann.

Ganz ähnlich denken auch viele Bremerinnen und Bremer, wie die kritische Resonanz auf die Umbenennungspläne in den Medien belegt.

Abschließend sei zum Inhalt des Antrags selbst festgestellt, dass die dort angeführten angeblichen Bezüge von Langemark über Georg Elser bis hin zum Putinregime und dem Kriegsgeschehen in der Ukraine recht bemüht und sprunghaft, ja konstruiert wirken. Als Begründung für die geplante Umbenennung sind sie kaum nachvollziehbar und nicht überzeugend.

Für die gewünschte Umbenennung in „Allee“ hätte man im 400. Jahr des Bestehens der Neustadt im Rahmen einer Rückbenennung in „Große Allee“ Verständnis aufbringen können. So wie im Vorschlag gewünscht, wirkt es aber aufgesetzt und in Bezug auf die lokalen Begebenheiten und Bedürfnisse wenig sensibel.

Im Ergebnis rät das Staatsarchiv in Hinblick auf die in Bremen gelebte Praxis historisch-kritischer Reflexion aus historischer Sicht von einer Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee ab.

Mit freundlichem Gruß,

Prof. Dr. Konrad Elmshäuser

